

PROTOKOLL
der öffentlichen Beiratssitzung

| DATUM | BEGINN | ENDE | SITZUNGSORT |
|------------|-----------|-----------|---|
| 14.06.2012 | 19.20 Uhr | 22.15 Uhr | Evangelische Kirchengemeinde Horn, Gemeindesaal |

TEILNEHMER

| | |
|--------------------------|---|
| ORTSAMT | : OAL W. Ahrens, Vorsitzender U. Lütjens, Protokollführer |
| BEIRAT/AUSSCHÜSSE | : siehe anliegende Liste |
| GÄSTE | : Frau Dappen, BPW baumgart+partner Herr Petry, SUBV Frau Rieks, Beinhoff + Rieks GbR |

TAGESORDNUNG:

1. Begrüßung, Beschluss der Tagesordnung, Genehmigung eines Protokolls
2. Wünsche und Anregungen in Stadtteilangelegenheiten
3. Wahl zweier Ausschussmitglieder
4. Anträge aus dem Beirat
5. Vorhaben- und Erschließungsplan 87 - Errichtung eines stationären Hospizes im Luisental, zugleich Öffentlichkeitsbeteiligung (Einwohnerversammlung) i. S. v. § 3 Abs. 1 BauGB
6. Vergabe von Beiratsmitteln
7. Mitteilungen des Ortsamtsleiters
8. Verschiedenes

Die Beiratsmitglieder wurden mit Schreiben vom 23.05.2012 zur Sitzung eingeladen.

Zu TOP 1: Begrüßung, Beschluss der Tagesordnung, Genehmigung eines Protokolls

Die Tagesordnung wird einstimmig beschlossen, das Protokoll der Sitzung vom 12.04.2012 wird ohne Änderungen genehmigt.

Zu TOP 2: Wünsche und Anregungen in Stadtteilangelegenheiten

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Zu TOP 3: Wahl zweier Ausschussmitglieder

Die Beiratsmitglieder wählen einstimmig als Nachfolger von Herrn Ulf-Brün Drechsel Frau Leah Schachschneider als neues Mitglied des Ausschusses Soziales und Kultur und Herrn Jens Oldenburg als neues Mitglied der Ausschüsse Bau und Denkmalschutz sowie Zukunft und Stadtteilentwicklung des Beirates Horn-Lehe.

Zu TOP 4: Anträge aus dem Beirat

4.1. Antrag der CDU-Fraktion

Litfaßsäulen

Der Beirat möge beschließen:

Der Beirat fordert die zuständigen senatorischen Behörden auf, beim Vertragspartner „Telekom Out-of-Home Media“ darauf hinzuwirken, sämtliche im Stadtteil vorhandenen Litfaßsäulen im Interesse eines gepflegten Erscheinungsbildes wie angekündigt zu modernisieren bzw. wieder einer regelmäßigen Unterhaltung und Pflege zu unterziehen. Sollte die „Telekom Out-of-Home Media“ dieser Aufforderung nicht bis Ende der Sommerferien 2012 nachgekommen sein, fordert der Beirat eine unverzügliche Entfernung aller alten, mit Papierplakaten beklebten Litfaßsäulen aus seinem Zuständigkeitsbereich.

Abstimmung: einstimmige Zustimmung

4.2. Antrag der Fraktion Bündnis 90/DieGrünen

Werbeanlagen

Der Beirat möge beschließen:

Nach § 1 Landesbauordnung ist die Anwendung des Gesetzes auf Anlagen des öffentlichen Verkehrs einschließlich Zubehör, Nebenanlagen und Nebenbetrieben, mit Ausnahme von Gebäuden, ausgeschlossen.

Der Beirat Horn-Lehe bittet um Prüfung, ob diese Vorschrift geändert und beschränkt werden kann auf den Bereich, der der unmittelbaren Erfüllung der verkehrlichen Aufgaben der Verkehrsbetriebe dient. Insbesondere bittet der Beirat um Prüfung, durch welche gesetzlichen Maßnahmen der § 13 der LBO für Anlagen der Außenwerbung und Warenautomaten auf Verkehrsbetriebe ausgeweitet werden kann.

Begründung:

Nach Beobachtung des Beirats nimmt die Anzahl der Werbeträger im öffentlichen Raum immer mehr zu. Letztes Beispiel ist die Errichtung einer Großwerbeanlage auf dem Gelände der DB an der Leher Heerstraße. Es ist nicht ausgeschlossen, dass dieser Anlage weitere folgen werden.

Abstimmung: einstimmige Zustimmung

Zu TOP 5: Vorhaben- und Erschließungsplan 87 - Errichtung eines stationären Hospizes im Luisental, zugleich Öffentlichkeitsbeteiligung (Einwohnerversammlung) i. S. v. § 3 Abs. 1 BauGB

Zunächst erläutert Herr Ahrens, dass mit der heutigen Sitzung sowohl eine Einwohnerversammlung als auch eine Beiratsbefassung vorgenommen wird. Dabei wird zunächst die Einwohnerversammlung und im Anschluss die Beiratsbefassung abgehandelt. Ausdrücklich betont er, dass Gegenstand der Befassung der V+E-Plan 87 mit dem Standort Luisental ist und nicht über Alternativstandorte oder innerkirchliche Konflikte bei der Entscheidungsfindung zu debattieren ist. Anschließend erläutert Herr Petry, dass die Aufstellung des Vorhaben- und Erschließungsplans auf Antrag des Vorhabenträgers vorgenommen wurde. Mit der Durchführung der Planung wurde ein Architekturbüro beauftragt. Gleichzeitig wird das Verfahren von der Stadtplanung begleitet.

Frau Dappen schildert, dass die Johanniter als Vorhabenträger planen, auf einem Grundstück im Luisental ein stationäres Hospiz mit acht Plätzen zu errichten. Es hat bereits eine frühzeitige Beteiligung der Behörden stattgefunden. Somit befindet sich das Verfahren derzeit im Stadium der frühzeitigen Bürgerbeteiligung.

Ausgangspunkt der Planung ist das Vermächtnis einer Bremer Bürgerin an die Johanniter, mit dem diese aufgefordert und finanziell in die Lage versetzt werden, ein Hospiz zu eröffnen. Dies kommt jedoch nur zum Tragen, sofern das Hospiz bis zu einem fest definierten Zeitpunkt im Juni 2014 eröffnet worden sein wird. Andernfalls geht die fragliche Summe an einen anderen Empfänger über. Da in Bremen mit dem Hospiz „Brücke“ derzeit nur ein Haus mit acht Plätzen besteht, besteht auf diesem Sektor ein weitergehender Bedarf.

Vorgesehen für den Bau wird ein neben dem bestehenden Johanniterhaus gelegenes Grundstück, welches sich derzeit im Besitz der Evangelischen Landeskirche befindet. Für das fragliche Grundstück besteht ein Bebauungsplan von 1974, welcher dieses als Reines Wohngebiet klassifiziert. Die einschlägige Baunutzungsverordnung von 1968 lässt in diesem den Bau eines Hospizes nicht zu, weshalb der Vorhaben- und Erschließungsplan beantragt wurde.

Das Grundstück ist circa 4.400 qm groß und beinhaltet einen Baumbestand, von dem eine Sumpfeiche als am markantesten zu nennen ist, sowie eine denkmalgeschützte, von einem Lindenring umgebene Warft. Das Grundstück wird derzeit von Kindern und Jugendlichen der Kirchengemeinde Horn bzw. des angrenzenden Kindergartens mitgenutzt. Frau Dappen stellt eine Rechnung auf, nach der den Kindern des Kindergartens noch eine Fläche von circa 4.000 qm verbliebe, was weit über der Mindestfläche und den durchschnittlichen Werten anderer

Kitas liege. Des Weiteren gibt es von den Johannitern das Angebot an die Kirchengemeinde, das Grundstück sowie den Teich im Fall einer Bebauung weiterhin mit zu nutzen sowie eine Neugestaltung des Außenbereichs des Kindergartens zu finanzieren.

Es sind im Rahmen einer Bebauung die Belange des Baum-, Arten-, Lärm- und Denkmalschutzes sowie Aspekte der Regenwasserversickerung zu beachten. Das Gebäude soll innerhalb der bestehenden Baugrenzen in eingeschossiger, offener Bauweise errichtet werden. Die geschützte Warft wird nicht tangiert, die wertvolle Sumpfeiche soll mit in die Planung des Raumes der Stille, einem Refugium zum Rückzug und zur Kontemplation, integriert werden. Es soll eine separate, diskrete Zuwegung im Südwesten des Grundstücks für die Fahrzeuge der Bestattungsunternehmen angelegt werden, wohingegen die Zuwegung für die Besucher am Südosten des Grundstücks entstehen soll. Die Besucherparkplätze sind auf dem Grundstück vorgesehen.

Frau Rieks erläutert die architektonische Planung. Demnach ist ein Gebäudekörper in Winkelform geplant, der sich in das vorhandene Baufeld einfügt. Im nördlichen Gebäudekopf sind die Aufenthaltsräume für die Gäste sowie eine Verteilerküche vorgesehen. In den Gebäuderumpf sollen jeweils östlich und westlich die acht Gästezimmer sowie mittig diverse Nebenräume platziert werden. In den südlichen Gebäudeflügel kommen die Verwaltungsräume sowie der zur Sumpfeiche hin ausgerichtete Raum der Stille. Das Gebäude soll ein Pultdach erhalten, lediglich im nördlichen Gebäudeteil wird dieses Prinzip in seiner Form umgekehrt. Von der überbaubaren Fläche in Höhe von 1.200 qm werden für das geplante Gebäude 1.000 qm in Anspruch genommen. Die am Haus gelegenen Parkplätze sind den Gästen des Hospizes vorbehalten. Für das Personal wird Parkraum auf dem Gelände des bestehenden Johanniterhauses zur Verfügung gestellt werden. Die Außenwege werden in Form einer wassergebundenen Decke gestaltet.

Aus dem Publikum werden folgende Anmerkungen und Fragestellungen vorgetragen:

- Eine Dame fragt, warum die Johanniter nicht das Grundstück, auf dem derzeit der Gorsemann-Park errichtet wird (ehemals Leher Heerstraße 23) für den Hospizbau erworben haben. Laut Herrn Schubert war dieses Grundstück zum Zeitpunkt des Erbfalls im Juni 2011 bereits verkauft. Unabhängig davon wird die direkte Anbindung an das bestehende Johanniterhaus angestrebt, um Synergieeffekte etwa in den Bereichen Verwaltung und Hausmeisterdienstleistungen zu erzielen. Diese sind wichtig, da das Hospiz 10 Prozent seiner Betriebskosten als Eigenanteil durch Spenden aufbringen muss.
- Eine Dame sieht in dem Grundstück ein „öffentliches“ Grundstück, da dieses de facto als solches genutzt werde. Dies stellt eine Bereicherung für den Stadtteil dar, das in seiner jetzigen Form erhalten bleiben soll. Dazu entgegnet Herr Schubert, dass es sich bei dem zu bebauenden Grundstück um ein Areal handelt, welches mit seinen 4.000 qm in Relation zur Gesamtgröße von 14.000 qm des Gesamtgrundstücks gesehen werden muss. Zudem besteht das Angebot, das Grundstück weiterhin gemeinsam zu nutzen. Das ausschlaggebende Moment für die Standortwahl ist aber die Tatsache, dass dies aus Sicht der Johanniter der würdevollste Ort für ein Hospiz wäre und aufgrund seines campusartigen Umfelds und der umliegenden Institutionen ein Ort der Begegnung sein könnte.
- Herr Willers möchte wissen, warum die Bremische Evangelische Landeskirche in Verhandlungen mit den Johannitern getreten sei, ohne die Kirchengemeinde vor Ort zu befragen und mit einzubeziehen. Schließlich müsse zunächst die Frage der Eignung des Standortes geprüft werden. Dazu erwidert Herr Schmidt von der Evangelischen Landeskirche, dass ein Diskussionsprozess unter Beteiligung der Kirchengemeinde Horn seit Dezember 2011 stattgefunden hat. Dabei wurde versucht, einen Ausgleich zwischen dem Konzept der Johanniter und den Belangen der Kirchengemeinde herzustellen. Leider ist es dabei zu keinem Kompromiss gekommen. Da man seitens der

Landeskirche vom vorgelegten Konzept überzeugt ist und der Verlust an Fläche in Relation zur Größe des Gesamtareals zu verkraften sei, hat der zuständige Kirchenausschuss einen Verkauf mit entsprechender Zweckbindung an die Johanniter im März 2012 beschlossen. Gleichzeitig wurden der Kirchengemeinde Maßnahmen zur Kompensation angeboten.

- Herr Ketteler vertritt die Meinung, dass ein gänzlich anderer Standort für das Hospiz zum Tragen kommen soll. Da das von der Kirchengemeinde angebotene Alternativgrundstück von den Johannitern abgelehnt wurde, solle ein drittes, neutrales Grundstück als Standort gefunden werden.
- Frau Pastorin Wegener erklärt, dass sie das Vorhaben eines Hospizbaus grundsätzlich begrüßt und befürwortet. Sie appelliert jedoch an den Beirat Horn-Lehe, sich nicht für den V+E-Plan 87 auszusprechen und in einem zweiten Schritt einen anderen Standort zu diskutieren. Des Weiteren erklärt sie, dass nach wie vor Gespräche zwischen allen Beteiligten auf verschiedenen Ebenen stattfinden.
- Herr Pastor Weber berichtet, dass das Alternativgrundstück zu einem frühen Zeitpunkt des Verfahrens von der Kirchengemeinde vorgeschlagen und von den Johannitern geprüft wurde. Allerdings passt dieses nicht zur Konzeption, mit der die Johanniter das Hospiz betreiben wollen. Sollte das Grundstück im Luisental nicht zur Verfügung stehen, wird man seitens der Johanniter nach einem anderem Grundstück Ausschau halten, auf dem die Konzeption verwirklicht werden kann.
- Eine Dame betont den ökologischen Wert des Grundstücks im Luisental, den es zu erhalten gelte.
- Eine Dame gibt zu bedenken, dass sich Bewohner des Hospizes an der Geräuschbelästigung, die vom angrenzenden Kindergarten und der nahegehenden Bahntrasse ausgeht, gestört fühlen könnten. Zudem hätten Sterbende eine erhöhte Geräuschempfindlichkeit.
- Herr Erxleben vom VAJA e.V. berichtet, dass das Grundstück bisher einen der wenigen im Stadtteil vorhandenen Treffpunkte für Jugendliche darstellt und ihn ein Wegfall dieser Gelegenheit traurig machen würde.
- Zur Funktion der im Rahmen des Verfahrens zu erstellenden Gutachten erklärt Frau Dappen auf Nachfrage, dass diese den Zweck haben, die Planung zu optimieren.
- Frau Bury kritisiert die ihrer Meinung nach mangelhafte Bereitschaft der Evangelischen Landeskirche und der Johanniter, einen anderen Standort in Betracht zu ziehen. Zudem sieht sie die fußläufige Entfernung von der nächstgelegenen Straßenbahnhaltestelle zum geplanten Standort im Luisental als zu lang an.
- Herr Jahnke äußert die These, dass es mit Hilfe eines Architektenwettbewerbes möglich wäre, ein Hospiz auf dem von der Kirchengemeinde vorgeschlagenem Grundstück zu realisieren.
- Ein Herr, der im Bereich der Palliativmedizin tätig ist, lobt das Konzept der Johanniter als einzigartig und appelliert, die Betrachtung des Themas über Partikularinteressen hinaus vorzunehmen.
- Frau Schäfer, die in der Verwaltung des Hospizes „Brücke“ arbeitet, gibt zu bedenken, dass sie viele Anfragen an ihre Institution negativ bescheiden muss, da ein hoher Bedarf an Hospizplätzen besteht, der das Kontingent der „Brücke“ weit übersteigt.
- Herr Schierloh findet es unwürdig, dass die Belange Jugendlicher und die der Hospizgäste gegeneinander aufgerechnet werden. Jenseits dieser Betrachtung handelt es sich um eine Projektentwicklung, bei der die Johanniter ihre Konzeption auf geltendes Baurecht fußen. Dies könne den Johannitern nicht zum Vorwurf gemacht werden. Des Weiteren sei es legitim, wenn ein Eigentümer seinen Grund und Boden veräußern wolle. Vor diesem Hintergrund wirft er die Frage auf, was wünschenswerter ist – die angedachte Form der Bebauung oder eine planungsrechtliche denkbare Wohnbebauung.

Dazu bemerkt Herr Schmidt, dass das Grundstück natürlich einen Vermögenswert der Bremischen Evangelischen Kirche darstellt. Nach derzeitigem Gremienbeschluss ist der Verkauf an die Johanniter vorgesehen. Falls dieser nicht zum Tragen kommen sollte, kann nicht vorausgesagt werden, ob das Grundstück anderweitig verkauft würde, da dies einen erneuten Beschluss des Gremiums voraussetzte.

- Herr Pielage vom Hospiz- und Palliativverband Bremen äußert die Meinung, dass die Kirchengemeinde Horn mit dem vorgeschlagenen Grundstück in der Berckstraße die Hoffnung der Bevölkerung geweckt hat, dass ein Hospiz in Horn-Lehe entstehen wird. Er fordert daher die Kirchengemeinde auf, in Zusammenarbeit mit einem Träger ein Hospiz auf diesem Grundstück zu initiieren, falls es nicht zum Hospizbau der Johanniter im Luisental kommen sollte. Dazu erwidert Frau Pastorin Wegener, dass man diesen Ansatz gerne weiterverfolgen und einen potenziellen Träger suchen wird. Allerdings ist dies ohne einen Geldgeber ein schwieriges Unterfangen. Des Weiteren übergibt sie eine umfangreiche Unterschriftenliste an die Beiratssprecherin Frau Hanke, mit der ein Appell einer weiteren uneingeschränkten Nutzung des Grundstücks im Luisental in bisheriger Form an den Kirchenausschuss der Bremischen Evangelischen Landeskirche zum Ausdruck gebracht wird.

Zum weiteren Verfahren erläutert Herr Petry, dass die Stadtplanung die heute vorgebrachten Aspekte mit einfließen lassen wird. Des Weiteren werden die Bürger noch die Möglichkeit erhalten, im Rahmen der öffentlichen Auslegung des Planentwurfs Eingaben vorzubringen.

An dieser Stelle wird von der Einwohnerversammlung zur Beiratsbefassung übergeleitet.

Frau Hanke bedauert den Konflikt, der sich im Zuge des Vorhabens zwischen den beteiligten Akteuren aufgetan hat. Sie hätte sich gewünscht, dass es im Vorfeld zu einer Einigung gekommen wäre. Ebenso findet sie es problematisch, dass das Beteiligungsrecht des Beirates zur Aufstellung des V+E-Plans de facto zu einer Entscheidung pro oder contra Hospiz kulminiert. Vielmehr sind aus Beiratssicht sowohl die Belange für ein Hospiz als auch für die Jugendarbeit im Stadtteil relevant.

Herr Koppel weist darauf hin, dass aus seiner Sicht ein Appell, das Hospiz an einem anderen Standort zu errichten, an die Johanniter zu richten sei und nicht an den Beirat. Gleiches gelte für die begehrte weitere Nutzung des Grundstücks für die Kinder- und Jugendarbeit. Da das Grundstück im Besitz der Evangelischen Landeskirche ist, müsste der Adressat der Forderungen die BEK sein und nicht der Beirat. Zum weiteren Vorgehen schlägt er vor, dass die beteiligten Akteure zunächst versuchen, im Rahmen eines Moderationsprozesses zu einer einvernehmlichen Lösung zu gelangen, bevor der Beirat sein Votum zum V+E-Plan fasst.

Herr Quaß stimmt seinem Vorredner zu und appelliert an Konfliktparteien, über die eigenen Interessen hinaus zu denken und die weiteren Argumente in Betracht zu ziehen. Auch er begrüßt den Versuch, vor der Entscheidung des Beirates einen Einigungsversuch zu unternehmen.

Frau Dehne ergänzt, dass auch sie das angedachte Einigungsverfahren begrüßt. Gleichwohl wird die mögliche Aufstellung des V+E-Planes seitens der SPD-Fraktion nach Abwägung der Argumente sehr kritisch gesehen. Relevant sei aus ihrer Sicht die tatsächliche Nutzung des Grundstücks. Dementsprechend sei dem Grundstück aus ihrer Sicht ein öffentlicher Charakter zuzuschreiben, auch wenn es sich formaljuristisch um ein privates Baugrundstück handelt.

Herr Drechsel wünscht sich, dass die Konfliktparteien die Chance eines Moderationsverfahrens aufgreifen und sich im besten Fall im Sinne einer Win-win-Situation verständigen. Andernfalls steht die Situation zu befürchten, dass der Beirat vor dem Hintergrund eines Konfliktes über den V+E-Plan entscheiden muss und eine Partei gleichsam als Verliererin zurückbliebe.

Herr Fincke möchte vor einer Entscheidung nach Möglichkeit auch zunächst ein mögliches Moderationsverfahren abwarten, da sich diese Instrument in verschiedenen anderen Zusammenhängen als sinnvoll bewährt hat.

Vor der Abstimmung über den unten stehenden Beschlussvorschlag fragt Herr Ahrens, ob die anwesenden Vertreter der beteiligten Parteien dem Vorschlag eines Moderationsverfahrens etwas abgewinnen können und sie berechtigt sind, stellvertretend für ihre jeweilige Institution eine diesbezügliche Entscheidung zu fällen.

Die anwesenden Vertreter des Kirchenvorstandes der Gemeinde Horn stimmen dem Vorschlag nach kurzer Beratung zu.

Gleichfalls einverstanden ist im Namen der Johanniter Herr Schubert.

Herr Schmidt erläutert im Namen der Bremischen Evangelischen Landeskirche, dass formell eine Zustimmung des zuständigen kircheninternen Gremiums vonnöten ist, er aber von deren Zustimmung ausgeht.

Auf Nachfrage von Herrn Ketteler wird bestätigt, dass das Moderationsverfahren ohne Vorbedingungen geführt werden wird.

Die Beiratsmitglieder bestätigen auf Nachfrage von Frau Hanke, dass sie nach heutigem Stand alle an der für die Beschlussfassung anzusetzende Beiratssitzung am 28.06.2012 werden teilnehmen können.

Im Anschluss an die Aussprache fassen die Beiratsmitglieder einstimmig den folgenden Beschluss:

„Der Beirat Horn-Lehe setzt seine Entscheidung zum Vorhaben- und Erschließungsplan 87 bis zum 28.06.2012 aus. Er gibt den beteiligten Einrichtungen der evangelischen Kirche (Johanniter, Landeskirche, Kirchengemeinde Horn) damit Zeit und Möglichkeit, gemeinsam im Rahmen eines Mediationsverfahrens oder eines anderen Interessenausgleichsverfahrens einen Interessenausgleich zu erzielen.

Der Beirat wird in seiner öffentlichen Sitzung am 28.06.2012 über den Vorhaben- und Erschließungsplan abstimmen und dabei das Ergebnis einer Mediation, sofern es bis dahin vorliegt, berücksichtigen und einfließen lassen.“

Zu TOP 6: Vergabe von Beiratsmitteln

| lfd.-Nr. | Antragsteller | Verwendungszweck | Antragsbetrag | Beschluss | Abstimmungsergebnis |
|----------|----------------------------|----------------------------|---------------|-----------|---------------------|
| 15 | VAJA e.V. | Eröffnung Sportpark | 1.296,60 | 1.017,00 | einstimmig |
| 16 | Evangelisches Bildungswerk | Kultur-Mitmach-Markt | 350,00 | 350,00 | einstimmig |
| 17 | Jugendhaus Horn-Lehe | Sommerferienprogramm | 2.280,00 | 2.280,00 | 8 Ja, 6 Nein |
| 18 | Beirat Horn-Lehe | Graffiti-Entfernung | 813,00 | 813,00 | 14 Ja, 1 Enthaltung |
| 19 | Beirat Horn-Lehe | Reparatur Bänke/Unterstand | 2480,81 | 645,83 | 14 Ja, 1 Enthaltung |

Anmerkung zum Antrag BM 19/12:

Die heutige Entscheidung bezieht sich nur auf den Teilaspekt der Reparatur des Unterstandes, da noch weitere Mittel aus dem Sozialressort in Aussicht stehen. Sollten diese nicht zur Verfügung stehen, wird über den verbliebenen Teilaspekt des Antrags im Rahmen einer kommenden Beiratssitzung abgestimmt werden.

Zu TOP 8: Mitteilungen des Ortsamtsleiters

- Am 06.07.2012 wird im Rahmen einer Feierlichkeit der Sportpark Horn-Lehe offiziell eröffnet werden.
- Die nächste turnusmäßige Beiratssitzung wird am 19.07.2012 voraussichtlich in der Botanika stattfinden.
- Folgende Termine werden für die Beiratssitzungen der zweiten Jahreshälfte 2012 vereinbart:
13.09.2012, 11.10.2012, 15.11.2012 sowie optional 13.12.2012.

Zu TOP 9: Verschiedenes

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

gez. Ahrens
Vorsitzender

gez. Hanke
Beiratssprecherin

gez. Lütjens
Protokollführer